

## Aktuelle GEW-Stellungnahme zur Jugendgewalt

### Extreme Jugendgewalt kein ethnisches Problem

Die GEW verurteilt Gewalt in jedweder Form – unabhängig davon, wer sie aus welchen Motiven ausübt. Die GEW wendet sich allerdings scharf dagegen, extreme Jugendgewalt als ethnisches Problem darzustellen und Ursachen in der Zugehörigkeit unterschiedlicher Kulturkreise zu suchen. Extreme Jugendgewalt ist ein Problem deutscher und nicht deutscher Jugendlicher gleichermaßen und steht in engem Zusammenhang mit Bildungsarmut und niedriger sozialer Herkunft. Extreme Jugendgewalt ist vor allem Ausdruck fehlgeschlagener Erziehung, fehlender menschlicher Anerkennung, unzureichender Bildung, mangelnder gesellschaftlicher Integration sowie fehlender Zukunftsperspektiven und gesellschaftlicher Aufstiegschancen. Sie ist Ausdruck und Ergebnis von familiären, politischen und gesellschaftlichen Zuständen und Versäumnissen, die die Jugendlichen in der Regel selbst nicht zu verantworten haben.

### Instrumentalisierung zu Wahlkampfzwecken

Die GEW ist entsetzt und empört, in welcher unverantwortlichen und abstoßenden Weise das Thema Gewalt von Migrant\*innenjugendlichen derzeit von Seiten der Unionsparteien für Wahlkampfzwecke instrumentalisiert wird. Ziel ist ganz eindeutig nicht das ernsthafte Bemühen um Konzeptionen und Lösungen. Es werden vielmehr Ängste geschürt, an Ausländerfeindlichkeit appelliert und der recht(sextrem)e Wähler\*innenrand bedient. Dabei wird die Öffentlichkeit sogar bewusst getäuscht wenn behauptet wird, die Hälfte der gewalttätigen Jugendlichen habe einen Migrationshintergrund. Nach Aussagen von Fachleuten wird z.B. in Hessen der Migrationshintergrund für die Kriminalstatistik gar nicht erhoben. Die Zunahme der absoluten Zahl der Tatverdächtigen zwischen 1999 bis 2006 um 1080

beruht demnach zu 79 Prozent auf Jugendlichen mit deutschem Pass und nur zu 21 Prozent auf Jugendlichen ohne deutschen Pass. Der Anteil ausländischer Jugendlicher an Gewaltdelikten ist nach diesen Informationen in Hessen sogar um ein Fünftel gesunken.

Die Wahlkämpfer der Union lenken zudem von eigener Untätigkeit ab: Es dauert in Hessen bis zur Verurteilung eines jugendlichen Täters nicht nur am längsten von allen Bundesländern, es wurden in den vergangenen Jahren nicht nur fast 1000 Stellen bei der Polizei abgebaut – nein, nach wie vor hat Frankfurt zum Beispiel mit 16.378 Kriminalitätsdelikten auf 100.000 Einwohner auch die höchste Kriminalitätsrate unter den deutschen Großstädten. Hannover – auch Niedersachsen wird unionsregiert und steht im Landtagswahlkampf – belegt mit 16.163 Delikten den zweiten Platz.

### Verhalten der Bundeskanzlerin erschwert Integrationsprozesse

Die Unionskampagne erschwert Integrationsprozesse statt sie zu verbessern. Der hessische Ministerpräsident provoziert mit seiner polarisierenden Wahlkampfstrategie das Anwachsen der Empörung und die Radikalisierung vor allem männlicher Migrant\*innen aus der Unterschicht. Die Bundeskanzlerin stellt die Ernsthaftigkeit des Nationalen Integrationsplans nachträglich selbst in Frage, indem sie politische Brandstifter wie Roland Koch unterstützt statt sie in die Schranken zu verweisen. Sie und die Integrationsbeauftragte haben durch ihr Verhalten bei den Migrant\*innenorganisationen erheblich an Glaubwürdigkeit und Vertrauen eingebüßt.

## GEW-Forderungen

### Vorbeugen und resozialisieren

Die GEW fordert, die beteiligten Erziehungs- und Bildungsinstitutionen (Familien, Kindertagesstätten, Schulen, berufliche Ausbildungsstellen und Jugendhilfe) sowie die staatlichen Ordnungsinstanzen (Polizei, Justiz) personell so auszustatten und zu qualifizieren, dass extremer Jugendgewalt vorgebeugt werden kann. Hilfen zur Erziehung, wie sie das Kinder- und Jugendhilfegesetz vorsieht, dürfen nicht weiter unter Kostengesichtspunkten beschränkt werden. Wie schon die vielen Fälle der Kindesmisshandlung gezeigt haben, müssen die Jugendämter Beratung und Fürsorgeleistungen in vollem Umfang erbringen. Eine Reihe von Modellversuchen hat gezeigt, dass die Gesellschaft gut beraten ist, Jugendgewalt nicht durch Repression zu begegnen, sondern durch Prävention. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Jugendwohngemeinschaften in Baden-Württemberg und die Jugendpolizei in Bremen sowie zahlreiche Modellstandorte im Rahmen der „Sozialen Stadt“. Auch die Projekte, die Schulverweigerern zu einem Schulabschluss verhelfen sowie Anti-Aggressionstrainings, sind wichtige Hilfen. Wenn Jugendliche gewalttätig werden, muss das Jugendstrafrecht mit dem Ziel der Resozialisierung human, differenziert, zeitnah und konsequent angewendet werden.

### Wahlkämpfer sollen ihre jugendpolitischen Konzepte und Vorbeugemaßnahmen darlegen

Die GEW fordert die wahlkämpfenden Regierungsparteien auf darzulegen, welche Maßnahmen sie in den vergangenen Jahren ergriffen haben, um extremer Jugendgewalt vorzubeugen und straffällig gewordene Jugendliche zu resozialisieren.

## Antrag auf Mitgliedschaft in der GEW

(Bitte in Druckschrift ausfüllen)

Frau/Herr Nachname (Titel), Vorname

Straße, Nr.

Postleitzahl, Ort

Telefon

E-Mail

Geburtsdatum

Nationalität

gewünschtes Eintrittsdatum

bisher gewerkschaftlich organisiert bei von bis (Monat/Jahr)

Name/Ort der Bank

Kontonummer

BLZ

Berufsbezeichnung/-ziel

beschäftigt seit

Fachgruppe

Tarif-/Entgelt-/Besoldungsgruppe

Stufe

Bruttoeinkommen mtl.

Betrieb/Dienststelle

Träger

Straße/Nr. des Betriebs/der Dienststelle

Postleitzahl/Ort

Beschäftigungsverhältnis

Honorarkraft

im Studium

angestellt

Altersteilzeit

beurlaubt ohne Bezüge

in Elternzeit

beamtet

befristet bis \_\_\_\_\_

teilzeitbeschäftigt mit \_\_\_\_\_ Std./Woche

Referendariat/Berufspraktikum

teilzeitbeschäftigt mit \_\_\_\_\_ Prozent

arbeitslos

in Rente/pensioniert

Sonstiges \_\_\_\_\_

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Der Austritt ist mit einer Frist von drei Monaten schriftlich dem Landesverband zu erklären und nur zum Ende eines Kalendervierteljahres möglich.

Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort, Datum

Unterschrift

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband oder an den:

GEW-Hauptvorstand  
Postfach 90 04 09  
60444 Frankfurt am Main

# Ihr Kontakt zur GEW

## GEW Baden-Württemberg

Silcherstraße 7  
70176 Stuttgart  
Telefon: 0711/21030-0  
Telefax: 0711/2103045  
E-Mail: info@gew-bw.de  
www.gew-bw.de

## GEW Bayern

Schwanthalerstraße 64  
80336 München  
Telefon: 089/544081-0  
Telefax: 089/5389487  
E-Mail: info@gew-bayern.de  
www.gew-bayern.de

## GEW Berlin

Ahornstraße 5  
10787 Berlin  
Telefon: 030/219993-0  
Telefax: 030/219993-50  
E-Mail: info@gew-berlin.de  
www.gew-berlin.de

## GEW Brandenburg

Allerstraße 6a  
14469 Potsdam  
Telefon: 0331/27184-0  
Telefax: 0331/27184-30  
E-Mail: info@gew-brandenburg.de  
www.gew-brandenburg.de

## GEW Bremen

Löningsstraße 35  
28195 Bremen  
Telefon: 0421/33764-0  
Telefax: 0421/33764-30  
E-Mail: info@gew-hb.de  
www.gew-bremen.de

## GEW Hamburg

Rotherbaumchaussee 15  
20148 Hamburg  
Telefon: 040/414633-0  
Telefax: 040/440877  
E-Mail: info@gew-hamburg.de  
www.gew-hamburg.de

## GEW Hessen

Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt am Main  
Telefon: 069/971293-0  
Telefax: 069/971293-93  
E-Mail: info@gew-hessen.de  
www.gew-hessen.de

## GEW Mecklenburg-Vorpommern

Lübecker Straße 265a  
19059 Schwerin  
Telefon: 0385/485270  
Telefax: 0385/4852724  
E-Mail: landesverband@mvp.gew.de  
www.gew-mv.de

## GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16  
30175 Hannover  
Telefon: 0511/33804-0  
Telefax: 0511/33804-46  
E-Mail: email@gew-nds.de  
www.gew-nds.de

## GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11  
45141 Essen  
Telefon: 0201/294030-1  
Telefax: 0201/29403-51  
E-Mail: info@gew-nrw.de  
www.gew-nrw.de

## GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8  
55116 Mainz  
Telefon: 06131/28988-0  
Telefax: 06131/28988-80  
E-Mail: gew@gew-rlp.de  
www.gew-rlp.de

## GEW Saarland

Mainzer Straße 84  
66121 Saarbrücken  
Telefon: 0681/66830-0  
Telefax: 0681/66830-17  
E-Mail: info@gew-saarland.de  
www.gew-saarland.de

## GEW Sachsen

Nonnenstraße 58  
04229 Leipzig  
Telefon: 0341/4947404  
Telefax: 0341/4947406  
E-Mail: gew-sachsen@t-online.de  
www.gew-sachsen.de

## GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6  
39114 Magdeburg  
Telefon: 0391/73554-0  
Telefax: 0391/7313405  
E-Mail: info@gew-sa.de  
www.gew-sa.de

## GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22-24  
24103 Kiel  
Telefon: 0431/554220  
Telefax: 0431/554948  
E-Mail: info@gew-sh.de  
www.gew-sh.de

## GEW Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22  
99096 Erfurt  
Telefon: 0361/59095-0  
Telefax: 0361/59095-60  
E-Mail: info@gew-thueringen.de  
www.gew-thueringen.de

## Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

**Hauptvorstand**  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main  
Telefon: 069/78973-0  
Telefax: 069/78973-201  
E-Mail: info@gew.de  
www.gew.de

## GEW-Hauptvorstand, Parlamentarisches Verbindungsbüro Berlin

Wallstraße 65  
10179 Berlin  
Telefon: 030/235014-11 bis -15  
Telefax: 030/235014-10  
E-Mail: info@buero-berlin.gew.de

Was wurde getan,

- um Kinder und Jugendliche vor Gewalt in der Familie zu schützen?
- um Kindertagesstätten und Schulen mit ausreichendem Personal für Präventionsmaßnahmen auszustatten?
- um jedem Jugendlichen einen Schulabschluss und eine Berufsausbildung zu ermöglichen?
- um die Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu beenden?
- um Ghettobildung in Wohnquartieren und Schulen vorzubeugen bzw. zu beenden?
- um Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der sozialen Gemeinschaft teilhaben zu lassen?
- um das Jugendstrafrecht human, differenziert und konsequent anwenden zu können?

**Statt jeden Tag Vorschläge für neue strafverschärfende Maßnahme durch die Medien zu jagen, sollen die Parteien ihre jugendpolitischen Konzepte öffentlich diskutieren.**

## Absage an Strafverschärfung

Die GEW spricht sich vehement gegen die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters aus und erteilt einer Verschärfung des Jugendstrafrechts eine deutliche Absage. Das vorhandene Strafrecht ist ausreichend. Die personellen Voraussetzungen müssen jedoch geschaffen werden, um es konsequent anwenden zu können. Diese Voraussetzungen zu schaffen, ist Aufgabe der Politik.

Die GEW erteilt Erziehungscamps nach US-amerikanischem Vorbild (Willen der Jugendlichen brechen) und der Abschiebung straffälliger ausländischer Jugendlicher, die in Deutschland aufgewachsen sind, eine Absage. Die GEW hält alle Maßnahmen, die härteren Strafen den Vorrang vor Vorbeugung und Resozialisierung geben, für

ungeeignet und für ein Zeichen von Schwäche der handelnden Politik. Die in Rede stehenden „härteren“ Maßnahmen – das zeigen alle Untersuchungen – sind teure Illusionen mit extrem hohen Rückfallquoten. Sie sind nicht geeignet Gewalt einzudämmen. Die Forderung nach Strafverschärfung dient bestimmten Politikern lediglich dazu, ihrer Wählerschaft Handlungsfähigkeit vorzugaukeln, aber in Wirklichkeit – wie nicht nur in Hessen geschehen – Stellenabbau und Mittelkürzungen in großem Stil zu betreiben.

## Investitionen in Prävention und Resozialisierung zahlen sich aus

Die GEW fordert statt Strafverschärfung erhebliche Investitionen in präventive und resozialisierende Maßnahmen. Jeder Euro, der für zusätzliche Stellen für Erzieherinnen, Lehrkräfte, Sozialarbeiter, Schulpsychologen, Familienberater, Jugendpolizei und Jugendrichter ausgegeben wird, ist besser angelegt als für Jugendarrest oder Haftanstalten. Wer rechnen kann, investiert rechtzeitig. Die Ausgaben für vorsorgende Maßnahmen sind um ein Vielfaches geringer als die „Nachsorgekosten“ für Sozialaufwendungen, Haftanstalten und Psychatrien.

Eine ambulante Fördermaßnahme durch Sozialarbeiter kostete 2003 pro Teilnehmer 2,52 Euro, während ein Tag Jugendarrest den Landeshaushalt mit ca. 70 Euro und ein Tag Jugendstrafhaft mit 90 Euro belastete\*. Zum Vergleich: 2004 kostete ein Schüler im Durchschnitt pro Tag 12,88 Euro (allgemein bildende und berufliche Schulen) und 13,70 Euro (nur allgemein bildende Schulen). Aus der Diskrepanz ist zu ersehen, welche enormen finanziellen Spielräume für eine konsequente Politik der frühzeitigen Prävention und für Resozialisierungsmaßnahmen vorhanden sind.

\*nach Berechnungen der Grünen-Fraktion im niedersächsischen Landtag

# Die GEW informiert

## Hauptvorstand

# Aktuelle GEW-Stellungnahme zur Jugendgewalt

**Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands vom 16. Januar 2008**



**Impressum:**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Hauptvorstand  
Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main  
info@gew.de; www.gew.de

Verantwortlich: Ulf Rösde, ViSDP  
Redaktion: Sarah Holze  
Gestaltung: Jana Roth, Kronberg

Druck: Druckerei Leutheufer

Januar 2008